

Wächter, Franziska

Links und rechts kann man nicht verwechseln. Zum Verständnis eines politischen Codes bei Jugendlichen

Diskurs 14 (2004) 1, S. 45-53



Quellenangabe/ Reference:

Wächter, Franziska: Links und rechts kann man nicht verwechseln. Zum Verständnis eines politischen Codes bei Jugendlichen - In: Diskurs 14 (2004) 1, S. 45-53 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-86703 - DOI: 10.25656/01:8670

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-86703>

<https://doi.org/10.25656/01:8670>

in Kooperation mit / in cooperation with:
Deutsches Jugendinstitut <https://www.dji.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Inhalt

- 2 Hans Lösch
Zu diesem Heft
- BILDUNGSKARRIEREN INS ABSEITS – AUSGRENZUNG DURCH SCHULE
- 5 Wolfgang Mack
Bildung für alle – ausgeschlossen
- 9 Joachim Schroeder
Offene Rechnungen Benachteiligte Kinder und Jugendliche als Herausforderung für die
Schulentwicklung
- 18 Alfred Hössl und Andreas Vossler
»Manchmal bin ich fix und fertig ...« Belastungen bei Bildungsprozessen in der
Grundschule
- 28 Irene Hofman-Lun und Andrea Michel
Schulmüdigkeit und Schulverweigerung Die Hauptschule unter Hauptverdacht
- 36 Florian Söll
Vom Elternsprechtage zum Entwicklungsgespräch Was wir von schwedischen
Schulen lernen können
- 45 Franziska Wächter
»Links und rechts kann man nicht verwechseln« Zum Verständnis eines politischen
Codes bei Jugendlichen
- 54 Claus J. Tully
Schule und Job Vom Nacheinander zum Nebeneinander
- 64 Paloma Fernández de la Hoz
Familienleben und Gesundheit Europäische Betrachtungen aus der Perspektive
sozialer Inklusion
- 72 Andreas Lange und Peggy Szymenderski
Auf Spurensuche nach dem »Neuen« in der Gesellschaft Soziologische
Deutungsangebote zu Veränderungen in Wirtschaft, Arbeit und Medien (2. Trendbrief)

Links und rechts kann man nicht verwechseln

Zum Verständnis eines politischen Codes bei Jugendlichen

Franziska Wächter

»Links ist da, wo der Daumen rechts ist« –
oder »Ich wusste nicht, dass man die,
die halt nicht gegen Ausländer sind, links nennt.«

»In der Politik wird immer wieder von links und rechts gesprochen. Wo würden Sie sich selber auf einer Skala von 0 bis 10 platzieren, wenn 0 links bedeutet und 10 rechts?« Der Beitrag geht der Frage nach, inwieweit das vielfach eingesetzte Links-Rechts-Konzept für Jugendliche und junge Erwachsene als Orientierungshilfe im politischen Raum noch relevant ist. Wie verstehen junge Leute Politik, die sich dieser Richtungsbeurteilung bedient? Anhand von Daten aus repräsentativen Jugendstudien sowie über qualitative Zugänge wird diskutiert, wie sicher 15- bis 25-Jährige im Umgang mit dem Instrument sind, welche Inhalte sie mit dem etablierten »politischen Code« verbinden und wie bedeutsam »links« und »rechts« für die Beschreibung ihrer eigenen politischen Verortung ist.

Die Dimensionierung der politischen Landschaft erfolgt in westlichen Demokratien in der Regel unter Zuhilfenahme der Richtungsbeurteilung »links« und »rechts«. In allgemeinen Bevölkerungsumfragen, Studien zu politischen Einstellungen und politischem Verhalten und speziell in der Wahlforschung werden Befragte mit Selbstverständlichkeit dazu aufgefordert, sich selbst auf einem Kontinuum zu positionieren, dessen Endpunkte mit »links« und »rechts« gekennzeichnet sind. Ziel dieser Messung ist es, Daten über die politische/ideologische Verortung, die Werte und Standpunkte der befragten Personen zu erhalten. Dies geschieht unter den Vorannahmen, dass gesellschaftlicher Konsens über den Bedeutungsgehalt der Begriffe herrscht und

»manche meinen
rechts und links
kann man nicht verwechseln
weil es ein Illusion ist«
(Ernst Jandl)

die Positionsbezeichnungen im alltagsweltlichen Sprachgebrauch fest verankert und damit mühelos abrufbar sind.

Vornehmlich in den Siebziger- und Achtzigerjahren untersuchten Politikwissenschaftler den »semantischen Raum«, der durch die beiden Richtungsbegriffe beschrieben wird und stellt sich vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels Fragen nach den Bedeutungsgehalten von »links« und »rechts«, nach dem Grad der sozialen Verbreitung und damit letztlich auch nach der aktuellen Relevanz und Tragfähigkeit des Schemas. Gestützt auf empirische Analysen attestierten die Forscher in der Folge dem Schema den Status eines »politischen Codes«: »Links« und »rechts« wurde als politischen Chiffren bescheinigt, zum »Kernbestand zumindest der europäischen politischen Kultur« zu gehören (Klingemann 1982, S. 215; vgl. auch Fuchs / Klingemann 1989).

Ungeachtet dessen sind mehrere Entwicklungsszenarien des Schemas denkbar: (1) eine Transformation, d. h. ein Bedeutungswandel der Links-Rechts-Skala, (2) die Pluralisierung, also eine Bedeutungserweiterung auf beiden Seiten des Spektrums, (3) das Beibehalten der geläufigen und traditionellen Inhalte von »links« und »rechts« (Persistenz) und (4) ein Bedeutungsverlust bis hin zur Irrelevanz des Schemas als politische Orientierungshilfe (vgl. Bauer-Kaase 2001, S. 213 f.).

Im Rahmen des Projekts »EUYOUPART – Political Participation of Young People in Europe«¹ war es möglich, Jugendliche und junge Erwachsene danach zu fragen, was sie unter »links« und »rechts« verstehen, welche Bedeutungen sie den politischen Chiffren zuschreiben und wo sie sich selbst auf der Skala positionieren. Das motivierende Forschungsinteresse gilt dabei der Frage, inwieweit das Schema für junge Menschen ein probates Mittel darstellt, eigene politische Haltungen auszudrücken, aber auch, ob und in welchem Maße Politik, die sich dieser Richtungsbegriffe bedient, für Jugendliche verständlich und nachvollziehbar ist. Die Betrachtung dieser jungen Bevölkerungsgruppe ist insbesondere deshalb interessant, da ein Bedeutungsverlust der Chiffren hier zuerst seinen Niederschlag – als Nichtwissen oder in falschem Gebrauch – finden würde. Und: verstünden junge Bürger diesen »politischen Code« nicht mehr, welche Konsequenzen hätte das für ihr Interesse und ihre Beteiligung an Gesellschaft und Politik?

In Anlehnung an Fuchs und Klingemann (1989) stützt sich die im Projekt EUYOPART durchgeführte Analyse sowohl auf

methodisch quantitative als auch qualitative Herangehensweisen, die unterschiedliche Stufen der Vertrautheit mit dem Links-Rechts-Schema repräsentieren. Zum einen können Selbsteinstufungen auf dem Links-Rechts-Kontinuum aus repräsentativen und standardisierten Jugendstudien in Deutschland zurate gezogen werden, wenn es um die erste, unterste Stufe der Vertrautheit, nämlich das »Erkennen« (recognition) des Schemas geht. Die Skala wird »erkannt«, wenn die Befragten bereit sind, sich auf ihr einzuordnen. Ein höherer Grad an Vertrautheit mit den Richtungsbegriffen wird angenommen, wenn die oder der Befragte auf eine offene Frage hin »links« und »rechts« mit Bedeutung füllen kann, also in der Lage ist, »links« und »rechts« inhaltlich zu beschreiben und zu erläutern. Hierbei wird, mithilfe nicht standardisierter, qualitativer Methodik, das »Verständnis« (understanding) der Richtungsbegriffe erfasst. Nicht nur methodisch, sondern auch inhaltlich erfährt das Konzept der abgestuften Vertrautheit von Fuchs und Klingemann eine Erweiterung, indem aus Gesprächen in Fokusgruppen und in Einzelinterviews mit Jugendlichen zusätzlich Informationen über deren Umgang mit der Links-Rechts-Positionierung gewonnen werden können. Für die folgende inhaltliche Diskussion wird demnach sowohl auf quantitative als auch auf qualitative Studien zurückgegriffen: Als standardisierte Jugendstudien sind das der DJI-Jugendsurvey 2003² und die 14. Shell-Jugendstudie 2002³. Im Rahmen des Projekts EUYOUPART wurden offene Fragen innerhalb eines standardisierten Instruments gestellt sowie Fokusgruppen- und Einzelinterviews durchgeführt.⁴ Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Aussagen auf Jugendliche und junge Erwachsene deutscher und nicht-deutscher Nationalität im Alter von 15 bis 25 Jahren, die in der Bundesrepublik wohnen.

In der 14. Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2002 wurde die politische Selbsteinstufung mit der Frage »Wie würden Sie selber Ihre politischen Anschauungen einstufen?« auf einer Skala von 0 bis 10 abgefragt, wobei 0 das linke Ende des Kontinuums beschreibt und 10 das rechte. Nicht explizit als Antworten vorgegeben, aber als mögliche Option zugelassen und von den Interviewern notiert werden konnten »weiß nicht« und »keine Angabe«. Die Links-Rechts-Verteilung zeigt eine deutlich ausgeprägte Mitte (37 % der 15- bis 25-Jährigen positionieren sich auf dem mittleren Wert 5), wobei die Wahl der Mitte mit zuneh-

(16 %), und zusätzlich noch einmal 6 % der Interviewten geben auf diese Frage keine Antwort. In der Summe bedeutet dies, dass etwa jede/r fünfte befragte Jugendliche sich auf die Frage nach der politischen Selbsteinstufung nicht äußern kann oder möchte. In der Sprechweise von Fuchs und Klingemann heißt dieses Ergebnis, dass 78 % der 15- bis 25-Jährigen das Konzept »erkennen« – es liegt damit etwa 10 bis 15 Prozentpunkte unter den von Bauer-Kaase (2001, S. 218) ermittelten Werten für die erwachsene Bevölkerung, die anhand von Studien für die erwachsene Bevölkerung (SozialwissenschaftenBus III/1997-GFM-Getas, SozialwissenschaftenBus II/1998-GFM-Getas sowie ISSP und ALLBUS) zeigen, dass mindestens 87 % der Befragten das Konzept »erkennen«. Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts erhob in seiner dritten Welle 2003 ebenfalls die Links-Rechts-Orientierung und kommt, wie bereits in den Studien zuvor, zu weitaus höheren Werten im Erkennen der Skala. 2003 geben nicht einmal 4 % der befragten Jugendlichen ein »weiß nicht« zu Protokoll oder verweigern eine Selbsteinstufung gänzlich.⁵

Aber auch wenn der Abstand von 78 % bis zu 96 % mit fast 20 Prozentpunkten im »schlichten« Erkennen der Skala zwischen den beiden deutschen Jugendstudien erheblich ist, lassen sich doch gemeinsame persönliche Voraussetzungen oder Eigenschaften aufzeigen, die die Unkenntnis erklären oder sogar bedingen. Im Einklang mit früheren Untersuchungen steht, dass der Anteil der »weiß nicht«-Nennungen mit steigendem Bildungsniveau deutlich abnimmt (Shell-Studie 2002: Hauptschule 45 %, Gymnasium 21 %). Hier zeigt sich, dass bereits das Erkennen der Skala bestimmte kognitive Fähigkeiten beim Befragten voraussetzt (vgl. Bauer-Kaase 2001, S. 218). Mit hin ist es evident, dass das Alter einen bedeutsamen Einfluss auf den Wissensstand über politische Begriffe hat: Je jünger die Befragten sind, desto seltener können sie mit der Skala etwas anfangen. In der Shell-Studie gibt nahezu ein Drittel (30 %) der 15- bis 17-Jährigen an, sich nicht auf der Skala einordnen zu können, 22 % sind es unter den 18- bis 21-Jährigen. In der Gruppe der 22- bis 25-Jährigen sind es mit 17 % deutlich weniger, jedoch auch noch jede/r sechste Befragte. Insgesamt sind es eher Mädchen und junge Frauen, die bei der Frage nach den politischen Richtungsbegriffen passen (Shell 2002: 25 % der weiblichen Befragten, 20 % der männlichen Befragten), und befragte Jugendliche und junge Erwachsene in den neuen Bundesländern sind eher in der Lage, den »politischen Code« zu er-

mendem Alter leicht sinkt (42 % der 15- bis 17-Jährigen wählen die Mitte, desgleichen 34 % der 18- bis 21-Jährigen, und mit 35 % nahezu gleichauf folgen die 22- bis 25-Jährigen). Die Links-Rechts-Verteilung ist deutlich stärker auf der linken als auf der rechten Seite besetzt (11 % stufen sich »links« ein, 30 % »eher links«, 18 % »eher rechts« und 4 % »rechts«). Allerdings, und das ist das Bemerkenswerte der Shell-Studie bspw. im Vergleich zum DJI-Jugendsurvey, gibt es eine hohe Zahl an Personen, die die Frage mit »weiß nicht« beantworten oder keine Antwort geben. So gibt in der Shell-Studie 2002 etwa jede/r sechste 15- bis 25-jährige Befragte an, sich aus Unwissenheit selbst nicht auf der Skala positionieren zu können

Mit den Daten des Jugendsurveys lässt sich zeigen, dass sich politisch interessierte Befragte eher für eine »eindeutige« Positionierung nach »links« oder »rechts« entscheiden als Befragte, die sich nicht für Politik interessieren.

kennen (Shell 2002: alte Bundesländer: 25 % »weiß nicht« und »keine Angabe«, neue Bundesländer: 14 %).

Ein wichtiger Indikator dafür, dass jemand mit politisch relevanten Begrifflichkeiten vertraut ist und sich damit innerhalb gesellschaftlicher und politischer Diskussionen zurechtfindet, ist sein politisches Interesse. Dieses Interesse wird in beiden analysierten Jugendstudien am Geschlecht, dem Alter und der Schulbildung festgemacht. Junge Männer interessieren sich deutlich häufiger als junge Frauen für politische Belange (Shell 2002: 43 % der männlichen Befragten sind interessiert bzw. stark interessiert an Politik, unter den befragten Frauen liegt der Anteil bei 28 %), und das Interesse nimmt mit zunehmendem Alter (Shell 2002: Interesse bzw. starkes Interesse haben 20 % der 15- bis 17-Jährigen, 38 % der 18- bis 21-Jährigen, 45 % der 22- bis 25-Jährigen) und steigender Bildung zu (Shell 2002: 8 % der Hauptschulabsolventen bekunden Interesse bzw. starkes Interesse an Politik, 14 % der Befragten mit Realschulabschluss, 38 % derer mit Abitur). Sowohl im DJI-Jugendsurvey 2003 als auch in der Shell-Studie 2002 tritt der Zusammenhang zwischen politischem Interesse und dem Erkennen der Links-Rechts-Skala nachdrücklich zutage. 40 % der 15- bis 25-Jährigen der Shell-Studie, die sich gar nicht für Politik interessieren, können zu »links« und »rechts« und damit zu ihrer eigenen Verortung nichts sagen. Von denen, die von sich behaupten, sich für Politik zu interessieren bzw. stark zu interessieren, sind es immerhin noch 12 %.

Allein diese wenigen deskriptiven Ergebnisse lassen erkennen, dass es insbesondere für sehr junge, weibliche, weniger gebildete Befragte und politisch eher Desinteressierte bereits mit Schwierigkeiten verbunden ist, dem politisch-öffentlichen Diskurs mit seiner (eher groben und eindimensionalen) Einteilung in »links« und »rechts« zu folgen. Der Schluss liegt nahe, dass einige der Befragten aus dieser häufigen Unkenntnis und Unsicherheit heraus für ihre Selbsteinstufung die Mittelposition (so vorhanden)

einer Skala wählen, um sich nicht zwischen »links« und »rechts« entscheiden und damit klar positionieren zu müssen. In den hier betrachteten Jugendstudien sind die Mittelwerte denn auch etwa zu 40 bis 50 % besetzt. Mit den Daten des Jugendsurveys lässt sich zeigen, dass sich politisch interessierte Befragte eher für eine »eindeutige« Positionierung nach »links« oder »rechts« entscheiden als Befragte, die sich nicht für Politik interessieren. Politisch Desinteressierte platzieren sich dagegen merklich öfter in der Mitte. Das »Klumpen« in der Mitte, das ja auch für die erwachsene Bevölkerung zu beobachten ist, lässt die Forscher oft im Unklaren, um welche Aussage es sich hier eigentlich handelt. Wollte die/der Befragte tatsächlich Indifferenz ausdrücken oder wollte sie oder er sich nicht als unwissend »outen«? Dafür, dass sich hinter einer nicht unerheblichen Zahl an Nennungen von Befragten, die die mittlere Position auf der Skala wählen, ein (unausgesprochenes) »weiß nicht« verbirgt, sprechen die weiter oben zitierten Ergebnisse des Jugendsurveys.

Auch wenn, wie gezeigt wurde, mehr als drei Viertel der jungen Befragten im Alter von 15 bis 25 das Links-Rechts-Konzept »erkennen«, muss noch geklärt werden, was Jugendliche und junge Erwachsene mit den Begriffen inhaltlich verbinden und welche Relevanz sie für sie besitzen. Quantitative Analysen können wenig Anhaltspunkte über die Sicherheit im Umgang mit den politischen Richtungsbegriffen und noch weniger über die inhaltliche Besetzung und Ausgestaltung bieten. Besser geeignet für diese »Sinnsuche« sind qualitative Erhebungsmethoden. Diesen Weg schlug das Projekt EUYOUPART ein, um dem »Verstehen« – als höherem Grad der Vertrautheit mit der Links-Rechts-Skala unter jungen Erwachsenen – näher zu kommen. Hierzu wurden zum einen Gespräche in Fokusgruppen geführt, in denen sich 17- bis 25-Jährige, nach Geschlecht und Bildungsgrad getrennt, u. a. über ihre Bewertung und ihr Verständnis der Skala und ihr Verständnis der Skala unterhielten. Zusätzlich wurden politisch aktive

junge Menschen einzeln interviewt, denen aufgrund ihres Engagements in einer Partei, einer Nicht-Regierungsorganisation (NGO) oder in der Schule ein höheres Maß an politischem Interesse unterstellt werden kann. Die Analyse dieser Gruppen- und Einzelinterviews liefert insbesondere Erkenntnisse über die Umgangsroutinen Jugendlicher mit dem politischen »Messinstrument«, also über die Praktikabilität und Aktualität, die die Skala für sie hat. Innerhalb eines standardisierten Fragebogens wurden weiterhin 102 Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren in einer offenen Frage zu ihrem Ver-

ständnis von »links« und »rechts« befragt. Über dieses qualitative Vorgehen lassen sich die inhaltlichen Schwerpunkte der Bedeutungszuschreibungen herausarbeiten, sodass man in der Summe beider methodischer Stränge Aussagen über inhaltlich-assoziative Besetzungen der Links-Rechts-Skala bei Jugendlichen treffen kann, darüber hinaus auch noch erfährt, welchen Stellenwert »links« – »rechts« als Markierung für ihre eigene politische Orientierung wie auch für ihre Wahrnehmung und Bewertung des öffentlichen politischen Diskurses hat.

In der Literatur lassen sich unterschiedliche Klassifizierungsschemata finden, anhand derer die empirisch erfassten Bedeutungen von »links« und »rechts« systematisiert und typisiert werden (vgl. u. a. Fuchs / Klingemann 1989; Klingemann 1982; Jagodzinski / Kühnel 1994). Eine Möglichkeit hierzu liefert die Betrachtung der Links-Rechts-Skala unter einem gruppenbezogenen und einem themenbezogenen (oder ideologischen) Aspekt. Die gruppenbezogene Komponente umfasst in der Klassifizierung gesellschaftliche Gruppen und hier vor allem Parteien, die mit »links« oder »rechts« assoziiert werden. »Bei der themenbezogenen Deutung werden die Begriffe mit Leitbildern wirtschaftlicher, sozialer, politischer oder kultureller Ordnung in Verbindung gebracht« (Jagodzinski / Kühnel 1994, S. 350). Jagodzinski und Kühnel zeigen in ihrer Untersuchung für eine erwachsene Population, dass die Parteienkomponente im Verhältnis einen größeren Einfluss auf die Bedeutungszuschreibung des Links-Rechts-Konzeptes hat als die ideologische Komponente (a. a. O., S. 353). Diese in der Bevölkerung weit verbreitete Gleichsetzung von »links« und »rechts« mit Parteien ist für Klingemann Ausdruck eines geringeren Reflexionsgrades, als es bspw. im Rekurs auf gesellschaftliche Wertorientierungen oder ideologische Bewegungen der Fall ist (vgl. Klingemann 1982, S. 218). Nun wäre es vor dem Hintergrund der beschriebenen hohen Fallzahl der »weiß nicht«-Antworten bei Jugendlichen in Kombination mit der stark besetzten Mittelposition der Links-Rechts-Skala (bei deren Interpretation eine Unsicherheit im Gebrauch der Richtungsbegriffe zumindest nicht auszuschließen ist) durchaus erwartbar, dass sich eine große Zahl junger Menschen bei ihrer Definition von »links« und »rechts« aus Unsicherheit und Unkenntnis auf Parteinennungen beschränkt. Erstaunlicherweise ist dies jedoch nicht der Fall. »Links« und »rechts« erklären die jungen Befragten deutlich häufiger mit ideologischen Attributen als durch Zuschreibung einer politischen Partei (oder anderen gesellschaftlichen

Der Fundus an vorhandenen Bedeutungen von »links« und »rechts« reicht von generellen und spezifischen gesellschaftlichen Wertorientierungen und Konfliktlinien wie »Gleichheit«, »Gerechtigkeit«, »Planwirtschaft« und »Verstaatlichung«, »Marktwirtschaft« und »Sozialstaat« über Aussagen zu politischen Ideologien wie »Kommunismus« und »Sozialismus«, »Kapitalismus« und »Faschismus«.

Gruppen). Und auch die Bandbreite der Bedeutungszuschreibungen innerhalb der themenbezogenen Komponente weisen – bei vorsichtiger Interpretation – eher in Richtung Persistenz, wenn nicht – bei mutiger Interpretation – in Richtung Pluralisierung. Irrelevant scheint »links – rechts« für Jugendliche und junge Erwachsene mithin nicht zu sein.

Der Fundus an vorhandenen Bedeutungen von »links« und »rechts« reicht bei den von uns befragten Jugendlichen von generellen und spezifischen gesellschaftlichen Wertorientierungen und Konfliktlinien wie »Gleichheit«, »Gerechtigkeit«, »Planwirtschaft« und »Verstaatlichung«, »Marktwirtschaft« und »Sozialstaat« über Aussagen zu politischen Ideologien wie »Kommunismus« und »Sozialismus« (z. T. spezifiziert durch die »alte DDR«), »Kapitalismus« und »Faschismus«. »Links« und »rechts« werden weiter erklärt durch Bezugnahme auf gesellschaftliche Gruppen – bspw. »Arbeiter«, »kleine Leute«, »Unternehmer« – und Werte des sozialen Wandels (»reaktionär«, »konservativ«). Bauer-Kaase beschreibt in ihrer Untersuchung eine Zunahme von Elementen in der Kategorie »Neue Politik«, die, als Ergänzung der oben genannten Kategorien, auf der linken Seite des Begriffsverständnisses angesiedelt ist. Bereits in den 1980er-Jahren gewannen neue Themen und Problemfelder in der bundesdeutschen Politik an Bedeutung und erweiterten in den 1990er-Jahren den semantischen Raum von »links – rechts« – wie gesagt, zunächst auf der linken Seite des Spektrums. Diese neu auftretenden »Issues« waren bspw. Ökologie, Gleichberechtigung sowie Multikulturalität, verstanden als Ausländerfreundlichkeit (Bauer-Kaase 2001, S. 228 ff).

Einen Schwerpunkt in der (weniger gruppenbezogenen, dafür stark ideologisch be-

setzten) Definition des »Links-Rechts«-Spektrums nimmt in EUYOUNG das Begriffspaar »ausländerfeindlich – ausländerfreundlich« ein, wobei »ausländerfeindlich« deutlich dominiert und »links« häufig quasi nur im logischen Rückschluss mit »ausländerfreundlich« assoziiert wird. Illustriert wird dieser Befund durch das folgende Zitat: *»Also ich weiß auch, dass es rechtsradikal eigentlich heißen müsste, aber ich wusste nicht, dass man die Rechtsradikalen ... weiß ich, dass man die so nennt. Aber ich wusste nicht, dass man die, die halt nicht gegen Ausländer sind, links nennt.«* Während also »ausländerfreundlich« bei Bauer-Kaase unter einer separaten Kategorie der »neuen politischen Inhalte« auf der linken Seite positioniert wird, subsumiert sie »ausländerfeindlich«, wie andere in Studien zuvor, auf der rechten Seite des Spektrums unter die Kategorie »Extremismus«. Das Zitat scheint ihr Recht zu geben, da in dem Fall auch auf die *Rechtsradikalen* Bezug genommen wird. Dennoch ist es voreilig, »Ausländerfeindlichkeit« per se synonym zu »Extremismus« zu gebrauchen, da der Begriff »Extremismus«, wie Kleinert ausführt, »ein ganzes ideologisches Syndrom beinhaltet«, bei dem verschiedene Orientierungsmuster – wie Nationalismus, Autoritarismus, Antisemitismus oder eben auch Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit – zusammen kommen müssen (vgl. Kleinert 2004, S. 97 ff.). Auch wenn diese Interpretation zu weitgehend ist und man sich unwillkürlich scheut, Ausländerfeindlichkeit – quasi als Äquivalent zu »Neuer Politik« auf der linken Seite – als eigenständige Kategorie auf der rechten Seite des Links-Rechts-Schemas anzusiedeln, spricht aus den EUYOUNG-Daten doch einiges für diese Sicht. Dies insofern, als Jugendliche »ausländerfeindlich« als wesentlichen Anker bei ihrer Beschreibung der Links-Rechts-Skala verwenden. Und ihr Ausgangspunkt für Erklärungen ist überwiegend die rechte Seite, was bedeutet, dass »rechts« von Jugendlichen besser »verstanden« wird als »links«. Ein 24-jähriger Student formuliert: *»(...) ich kann mir unter, ja, rechtsorientiert wahrscheinlich mehr vorstellen, jetzt in diesem ganzen Kontext mit Drittem Reich, als bei linksorientiert. Also das ist für mich nur so das andere Extrem, aber was da genau für Ziele dahinter stecken, das weiß ich nicht.«* Und ein befragter Hauptschüler resümiert: *»Mir is wurscht, Mann, Hauptsache, ich kenn mich bei*

rechts aus, Mann. Ich weiß gar nicht, was links bedeutet.«

Auch das ist durchaus ein überraschendes Ergebnis, denn Erwachsene verstehen »links« besser als »rechts« (vgl. Jagodzinski / Kühnel 1994, S. 321).

Nach den vorgestellten Daten zeigt sich »die Jugend« als in politischen Belangen gut reflektiert, d. h. sie definiert »links – rechts« nicht überwiegend über Parteien, sondern auch und vor allem über ideologische Konzepte, und sie kann mit einem breiten Reservoir an Bedeutungen von »links« und »rechts« aufwarten. An diesem Punkt erscheint es jedoch lohnenswert, noch einmal dem erstaunlichen Ergebnis nachzugehen, dass die Parteienkomponente, als kognitiv weniger anspruchsvolle Übersetzungsleistung, im Verständnis von »links« und »rechts« bei Jugendlichen relativ schwach ausgeprägt ist. Warum bei der Erklärung der Links-Rechts-Skala durch die Jugendlichen der Themenbezug favorisiert wird, erschließt sich aus der Kritik der Jugendlichen an Parteien. In den Gruppeninterviews wurde immer wieder die Unfähigkeit der Parteien, sich klar zu positionieren, bemängelt. Daraus resultiert bei den jungen Leuten auch eine Unsicherheit, wo man denn selbst – gemessen an »links« und »rechts« – steht. »Also in der großen Politik ist ja auch links und rechts auch gar nicht mehr so beliebt. Als Partei möchte man weder links noch rechts sein, sondern gern in der Mitte am liebsten«; »Es gibt ja auch zum Beispiel jetzt den schönen Satz (...) aber ich denke, der ist auch wahr, dass in der CSU von Grünen bis Braunen alle drin sind, volksparteienmäßig. Und, damit möchte ich einfach nur sagen, dass es sehr schwierig ist, jetzt zu sagen, ich steh jetzt auf dem zweiten Punkt links oder dem zweiten Punkt rechts, also des is ganz, ganz schwierig.« Was in den Zitaten zum Ausdruck kommt, ist zum einen das unscharfe Profil von Parteien, das als Orientierungshilfe offensichtlich wenig taugt, und zum anderen ein großes Unbehagen im Gebrauch der Links-Rechts-Skala.

Obwohl Jugendliche, wie gezeigt werden konnte, grundlegende Inhalte, die die Richtungsbegriffe beschreiben, wiedergeben können, besteht häufig weiterhin eine Unsicherheit im Gebrauch. O-Töne, in denen es um die Erklärung der linken Seite der Skala geht, verdeutlichen dies: »(...) Umweltschutz, logisch, is links. Andererseits, ähm, warum is eigentlich Umweltschutz links?«; »Meistens sind das die, die gegen Atomkraftwerke, gegen Autobahnen und alles demonstrieren.« In den Gruppendiskussionen setzten sich vor allem die höher gebildeten Jugendlichen ausführlich mit der Brauchbarkeit und Sinnhaftigkeit der Links-Rechts-Skala auseinander. Sie empfinden »links« und »rechts« als Korsett, als »Schubladen sozusagen, in die man so Politiker stecken kann«, die jedoch »viel zu eng« sind. »(...) das mit dieser Schublade ist sicherlich als Anfang für'n Gedanken nicht schlecht, aber man muss dann sehr bald davon wegkommen, weil man sonst nicht weit kommt«. Jugendliche bestehen auf einer differenzierten, themenbezogenen Betrachtung und Bewertung von Politik. Sie empfinden die Verwendung von »links« und »rechts« als »ungebräuchlich«, akzeptieren zwar, dass Politik sich nun

mal – wenn auch zunehmend verschwommen – dieser Begriffe bedient, für sie selbst und das Ausdrücken ihrer eigenen politische Meinung eignen sich »links« und »rechts« jedoch nicht. »Also für mich macht diese Unterscheidung in links und rechts so wenig ... ist so wenig aussagekräftig. Wenn ich jetzt ein Thema hab und, ähm, ich stell mich auf eine Seite, dann ist es mir egal, ob das die linke oder die rechte Seite ist, sondern die, mit der ich mich identifizieren kann. Und das ist oft ... das ist sowieso schon schwierig, weil's Themen gibt, bei denen man so oder so argumentieren kann, wo man mich dann so oder so überzeugen kann. Und deswegen ist es wirklich schwierig.«; »Ich glaub', dass man sich da gar nicht mehr einordnet, also ich nicht. Und ich kenne auch niemanden, der jetzt sagen würde, ich bin eher links oder eher rechts.«

Nun erklärt sich besser, warum die von uns befragten Jugendlichen bei ihrer Definition von »links« und »rechts« relativ selten auf Parteien zurückgreifen, warum ihnen eine Beschreibung über Themen sinnvoller erscheint. Die Analysen und die Wortmeldungen der Jugendlichen liefern Indizien für ein besseres Verständnis der »Mitte«. Konturlose Parteien, eine eigene politische Haltung, die stark themenabhängig ist – wo anders als in der Mitte sollte man sich – in der Not, sich überhaupt auf einer Skala eintragen zu müssen – positionieren? »Ich finde, des is eigentlich was ganz Altes, ich kann mich da jetzt, ich würd' mich mittig einordnen.« Einzig die rechte Seite wird durch ausländerfeindlich »scharf«.

Eingangs wurde die Frage nach der Relevanz gestellt, die »links-rechts« als Orientierungshilfe im politischen Raum für Jugendliche hat. In einem Zwischenresümee wurde, ob des breiten Bedeutungsspektrums, das Jugendliche zu »links« und »rechts« bereithalten, gesagt, dass die Richtungsbegriffe für sie nicht irrelevant sind. Dies muss wohl mit einem »derzeit noch nicht« ergänzt und korrigiert werden. Zumindest die besser Gebildeten wissen theoretisch, wo sich welche Partei befinden sollte. Bloß, sie finden dies in der Praxis nicht bestätigt. Sie fordern von Politik und Parteien eindeutige, klarere

Positionen ein und sind – wiederum abhängig vom Bildungsniveau – bemerkenswert wach und flexibel, wenn es um individuelle, situative Bewertungen politischer Inhalte geht.

In diesem Beitrag konnte und sollte es nicht um eine abschließende Bewertung über den Sinn oder Unsinn der Abfrage politischer Einstellungen anhand der Links-Rechts-Skala gehen. Dazu müssten (zusätzlich) methodische Probleme tiefer erörtert und Fragen – speziell auf die junge Generation zugeschnitten – geklärt werden wie: Lässt man eine Mittelposition auf der Skala zu, und wie interpretiert man diese? Gibt man Befragten die Chance, mit »Ich weiß es nicht, ich kenne mich darin nicht aus« zu antworten? Welche Skalenlänge kann man Befragten mit unterschiedlichen kognitiven Fähigkeiten zumuten? Wichtig wäre auch zu erörtern, ob die gängige, nicht mehr hinterfragte Positionierung von Parteien auf der Skala weiter in der gleichen Weise repliziert werden kann. Es ging hier vielmehr um politische Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und um ihren Umgang mit einem in den Alltag diffundierten politischen »Kulturgut«. Was wird mit der (standardisierten) Abfrage auf dem Links-Rechts-Kontinuum bezweckt? Was will man wissen? Was will man messen? Geht es um das Verständnis der abstrakten (Wert-)Maßstäbe, die sich hinter den (räumlich gliedernden) Begriffen »links« und »rechts« verbergen oder um das Erkennen, Verstehen und Bewerten politischer Begriffe und politischer Anliegen in ihrer tatsächlichen Ausformung und Umsetzung in der Bundesrepublik heute? Dies ist die Frage nach der Validität der Skala.

Fragt man junge Leute, ob sie »eine Menge von Politik verstehen«, stimmen 4 % der 15- bis 17-Jährigen »voll bis voll und ganz« zu, unter den 18- bis 21-Jährigen sind es 9 %, bei den 22- bis 25-Jährigen steigert sich die Zustimmung geringfügig auf 11 %. In der Gesamtgruppe der 15- bis 25-Jährigen bestätigen die Aussage »Politik finde ich zu kompliziert« 41 % »voll bis voll und ganz«. Beträchtliche 45 % sind es unter den

15- bis 17-Jährigen, und unter den 22- bis 25-Jährigen ist es immerhin noch jede/r Vierte (Shell 2002).

Der Zusammenhang zwischen politischem Interesse und der Vertrautheit mit der Skala und der Sicherheit der Selbstpositionierung auf der Skala konnte in diesem Beitrag empirisch gezeigt werden. Das Interesse an einem bestimmten Thema und die Kompetenz innerhalb dieses Themenfeldes bedingen einander. Viele Jugendliche verfügen, hier gemessen an ihrer Vertrautheit mit dem basalen Links-Rechts-Konzept, über einen passablen Grundstock an politischem Wissen. Auf der anderen Seite wurde ihre hochgradige Unsicherheit im Gebrauch der Begriffe »links« und »rechts« bis hin zur Irrelevanz für ihre eigene politische Selbstbeschreibung deutlich. Dies ist den von uns befragten Jugendlichen durchaus bewusst und sie klagen mehr Information, mehr »politisches Training« von der Schule ein.

Politische Bildung ist sicher nicht nur die Aufgabe von Bildungseinrichtungen, aber die jungen Erwachsenen kritisieren durchweg und einmütig, dass das Sprechen über (aktuelle) politische Geschehnisse in der Schule »zu kurz« komme. Eine bayerische Gymnasiastin spitzt es folgendermaßen zu: *»(...) des hab' ich mir auch schon oft gedacht, ich find' des unglaublich, dass man in 'nem demokratischen Staat mehr Religion hat und mehr Mathe hat, also wirklich neunmal so viel Religion hat als Sozialkunde, da fragt man sich ja irgendwie schon, was eigentlich da irgendwie (...) Aber ich mein, wie gibt's'n des in 'ner Demokratie, dass man ein Jahr Sozialkunde hat – des versteh' ich überhaupt nicht.«*

Will man »links-rechts« als politisch etablierten »Code« in Gesellschaft und politischer Kultur erhalten, kann man nicht darauf setzen, dass er unangefochten fort dauert. Auch Codes müssen von Zeit zu Zeit dechiffriert, eventuell angepasst und vor allem der nachwachsenden Generation inhaltlich vermittelt werden.

Anmerkungen

- 1 Das Projekt »Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union« (EUYOUPART) wird im Rahmen des Fifth Framework Programme der EU gefördert. Ziel ist die Entwicklung eines gemeinsamen Indikatorensystems zur Messung politischer Partizipation bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 25 Jahren. Das Projekt wird vom österreichischen Institute for Social Research and Analysis (SORA) koordiniert. Neben dem Deutschen Jugendinstitut für die Bundesrepublik Deutschland sind Frankreich, Großbritannien, die Slowakei, Estland, Finnland und Italien beteiligt. Die Idee und Konzeption der Abfrage zum Verständnis und Gebrauch der Links-Rechts-Skala geht auf die Praktikantin des Projekts, Lisa Riegel, zurück, die das Projektteam in der Phase der qualitativen Erhebung maßgeblich unterstützte.
- 2 Der DJI Jugendsurvey ist ein Instrument zur Dauerbeobachtung der Lebensverhältnisse sowie gesellschaftlicher und politischer Orientierungen Jugendlicher. Basis dieser Dauerbeobachtung sind regelmäßige repräsentative Umfragen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Bundesrepublik im Alter von 16 bis 29 Jahren (in der 3. Welle von 12 bis 29 Jahren). Die Analysen dieses Artikels beziehen sich aus Gründen der Vergleichbarkeit auf den Ausschnitt der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die zum Zeitpunkt der Erhebung 15 bis 25 Jahre alt waren (5.536 Fälle). Die Autorin dankt den Kolleginnen und Kollegen des Surveys für die Möglichkeit, die aktuellen Daten der dritten Welle (2003) für diesen Beitrag nutzen zu können.
- 3 In der Shell Jugendstudie 2002 wurden Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12 bis 25 Jahren befragt. Analog zum DJI Jugendsurvey beschränken sich die Analysen auf die Altersspanne 15 bis 25 (2.056 Fälle). Der Datensatz der Shell Jugendstudie 2002 ist beim Zentralarchiv in Köln unter der Studiennummer za3694 verfügbar.
- 4 Der Pretest der standardisierten Untersuchung zu EUYOUPART umfasste für die deutsche Teilstudie des europäischen Projektes 102 Personen im Alter von 15 bis 25 Jahren. Im qualitativ angelegten Teil von EUYOUPART wurden in fünf Fokusgruppen insgesamt 37 junge Menschen befragt. Mit vier weiteren jungen Erwachsenen wurden Einzelinterviews geführt.
- 5 Anzumerken ist allerdings, dass diese Antwortmöglichkeiten, anders als in der Shell Studie 2002, den Interviewern nicht unmittelbar im Fragebogen als Option gegeben waren, es also naheliegender ist, diese Unterschiede auf die verschiedenen Erhebungsinstrumente zurückzuführen. Auf Effekte, die ihren Ursprung in den angewendeten Methoden haben – sei es bspw. in Bezug auf die Skalenlänge oder das Zu- oder Weglassen einer Mittelposition – kann in diesem Beitrag nicht eingegangen werden.

Literatur

- Bauer-Kaase, Petra:** Politische Ideologien im Wandel? In: Hans-Dieter Klingemann, Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen zur Bundestagswahl 1998. Wiesbaden 2001
- Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter:** Das Links-Rechts-Schema als politischer Code. Ein interkultureller Vergleich auf inhaltsanalytischer Grundlage. In: Max Haller, Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Wolfgang Zapf (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft, Verhandlungen des 24. deutschen und 11. Österreichischen und des 8. Schweizerischen Kongresses für Soziologie in Zürich 1988, Frankfurt/New York 1989, S. 484–498
- Jagodzinski, Wolfgang/Kühnel, Steffen M.:** Bedeutungsvarianz und Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe »links« und »rechts«. In: Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen im vereinten Deutschland. Frankfurt am Main 1994
- Kleinert, Corinna:** FremdenFeindlichkeit. Einstellungen junger Deutscher zu Migranten. Wiesbaden 2004
- Klingemann, Hans-Dieter:** Fakten oder Programmatik? Die Thesen von Murphy et al. über den Bedeutungswandel von »links« und »rechts« und das gegenwärtige Verständnis der politischen Richtungsbegriffe in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift 23, 1982, S. 214–224